

KOMMENTAR

Die riskante letzte Chance

VON DIETMAR OSTERMANN

Wer mehr als sechs Monate nach dem verkündeten Ende der Kampfhandlungen mit schwerer Artillerie Vergeltung übt für zunehmend heftigere Guerillaangriffe, der hat sich verkalkuliert. Wer ein Land eigentlich wieder aufbauen will, aber glaubt, als notwendige Machtdemonstration erst einmal Häuser und Fabriken zerbomben zu müssen, der steckt in einem Dilemma. Insofern illustrieren der "Eiserne Hammer", den die US-Besatzer jetzt in Irak geschwungen haben, und der Wirbelsturm "Efeu-Zyklon", den Washingtons Soldaten bei ihren Razzien in Bagdad und Tikrit entfachten, nur die wachsenden Probleme der Bush-Regierung im besetzten Zweistromland.

Ein Ansatz zu deren Lösung sind sie nicht. Mit zielloser militärischer Eskalation ist dem irakischen Widerstand nicht beizukommen. Aus der Wut geborene Vergeltungsaktionen nach israelischem Vorbild werden die Besatzer jenen Irakern im unruhigen Sunni-Dreieck nicht sympathischer machen, in deren Mitte die zunehmend gut organisierte Guerilla immer wieder abtauchen kann. Einzig beim heimischen Fernsehpublikum in den USA mögen die Bilder groß angelegter Militäroperationen vorübergehend den Eindruck erwecken, Amerika sei im Zweistromland wieder in der Offensive.

Auch der jüngste Schwenk in der politischen Irak-Strategie Washingtons unterstreicht zunächst nur den Ernst der Lage. Bis Ende Juni will das Weiße Haus die Macht in Bagdad an eine provisorische irakische Regierung abtreten. Angesichts der rapide schwindenden Autorität der Besatzer mag das alternativlos sein. Der abrupte Strategiewechsel aber trägt eben auch die Züge schierer Verzweiflung - und den schalen Odem des US-amerikanischen Wahlkampfes. Dabei sind die Risiken enorm; das größte heißt Bürgerkrieg. Es steht also einiges auf dem Spiel, wenn Irak jetzt turbobeschleunigt den Marsch in die Souveränität antritt.

Es hilft zwar nichts, aber man wird festhalten dürfen, dass ein solcher Prozess mehr Aussicht auf nachhaltigen Erfolg gehabt hätte, hätte die Bush-Regierung nicht über Monate jeden Rat aus New York, Paris und Berlin in den Wind geschlagen. Nun agieren die USA allzu ersichtlich aus einer Position der Schwäche heraus. Auch wenn George W. Bush gebetsmühlenhaft wiederholt, die Supermacht werde den "Job" in Irak zu Ende bringen: Der fatale Eindruck, die Bush-Regierung suche dort nur noch nach dem Notausgang, wird sich schwer aus der Welt schaffen lassen. Die irakische Guerilla könnte dies als Ermunterung begreifen, dass die Taktik der strategischen Bomben und der tausend Nadelstiche Wirkung zeigt. Ihr Ziel ist es ja, die USBesatzer aus dem Land zu treiben - um hernach selbst wieder nach der Macht zu greifen.

Vieles spricht dafür, dass der dritte Anlauf zugleich die letzte Chance sein wird für die Vereinigten Staaten, die Dinge in Irak doch noch aufs richtige Gleis zu setzen. Scheitern auch Washingtons neue Pläne einer beschleunigten "Irakifizierung", gelingt es in den kommenden Monaten nicht, den politischen Prozess für eine zukunftsfähige Selbstverwaltung zu organisieren, dann stehen freilich nicht nur Irak und George W. Bush vor einem Scherbenhaufen.

Die Auswirkungen werden in Nahost und weit darüber hinaus zu spüren sein. Endet das Irak-Abenteuer für die USA mit einem seit Vietnam nicht dagewesenen Debakel, hätte das kaum absehbare Folgen, von Teheran bis Pjöngjang, von Jerusalem bis Kabul.

Eine in Irak gedemütigte Supermacht, die sich entweder in die Isolation zurückzieht oder sich aggressiv wieder Respekt zu verschaffen sucht, wäre das Letzte, was eine unruhige Welt braucht. Wer sich eben noch vor dem ungezügelten Machtanspruch neokonservativer Ideologen in Washington gefürchtet hat, könnte schon bald über die Folgen amerikanischer Impotenz klagen.

Für Europa erübrigt sich fast die Frage, ob nach dem Schwenk Washingtons in der Irak-Politik Handlungsbedarf besteht. Denn nichts, was Europa tun könnte, kann die Lage in Irak grundlegend verändern. Gehen kann es allenfalls um das, was Joschka Fischer in Washington vorgeschlagen hat: eine aktivere Rolle der Vereinten Nationen bei dem jetzt gestarteten politischen Prozess.

Dazu bedarf es keiner neuen Resolution des Sicherheitsrates. Schon jetzt könnten die UN etwa die Schirmherrschaft über die anvisierten Wahlen für eine provisorische irakische Regierung sowie die geplante Verfassungsversammlung übernehmen. Nun kommt selbst von US-Außenminister Colin Powell das Signal, dass man in Washington verstanden hat, wie wichtig die politische Legitimation jeder neuen Regierung in Bagdad in den Augen der Iraker ist.

Niemand freilich sollte sich Illusionen hingeben. Wunder könnten in Irak auch die schon im August ins Visier der Bombenleger geratenen Vereinten Nationen nicht vollbringen. Wie verfahren die Lage ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie ruhig es im Lager der ehemaligen Kriegsgegner geworden ist. So wie die Dinge liegen, ist guter Rat eben teuer.

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2003

Dokument erstellt am 18.11.2003 um 18:04:07 Uhr

Erscheinungsdatum 19.11.2003